

## Große Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dirk Fischer (Hamburg), Manfred Heise, Michael Jung (Limburg), Eduard Oswald, Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Renate Blank, Horst Gibtnier, Claus-Peter Grotz, Rainer Haungs, Dr. Dionys Jobst, Theo Magin, Rudolf Meini, Dr. Klaus Mildner, Gerhard O. Pfeffermann, Helmut Rode (Wietzen), Ferdi Tillmann, Dr. Walter Franz Altherr, Dr. Maria Böhmer, Wolfgang Dehnel, Gertrud Dempwolf, Maria Eichhorn, Dr. Karl H. Fell, Leni Fischer (Unna), Winfried Fockenberg, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Johannes Ganz (St. Wendel), Martin Götsching, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Klaus Harries, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Ernst Hinsken, Joachim Hörster, Dr. Paul Hoffacker, Josef Hollerith, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Ulrich Junghanns, Steffen Kampeter, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Thomas Kossendey, Franz Heinrich Krey, Klaus-Heiner Lehne, Editha Limbach, Dr. Manfred Lischewski, Heinrich Lummer, Claire Marienfeld, Erwin Marschewski, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Wolfgang Meckelburg, Dr. Hedda Meseke, Maria Michalk, Dr. Günther Müller, Engelbert Nelle, Johannes Nitsch, Claudia Nolte, Friedhelm Ost, Dr. Gerhard Päsel, Dr. Peter Paziorek, Rosemarie Priebus, Erika Reinhardt, Franz Romer, Christian Schmidt (Fürth), Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Michael von Schmude, Heinrich Seesing, Dr. Hans-Joachim Sopart, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Erika Steinbach-Hermann, Karl Stockhausen, Dr. Hans-Peter Voigt (Northeim), Dr. Bertram Wiczorek (Auerbach), Bernd Wilz, Simon Wittmann (Tännesberg), Michael Wonneberger, Cornelia Yzer, Wolfgang Zeitlmann, Wolfgang Zöllner, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Klaus Röhl, Horst Friedrich, Ekkehard Gries, Roland Kohn, Manfred Richter (Bremerhaven), Günther Bredehorn, Dr. Olaf Feldmann, Dr. Hermann Otto Solms und der Fraktion der F.D.P.

## Verkehrssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland

Im vereinten Deutschland haben sich 1991 2,305 Mio. Unfälle, davon 384 447 mit Personenschaden, ereignet. Das sind 1,3 % weniger Unfälle mit Personenschaden als im entsprechenden Zeitraum 1990. Die Zahl der bei Unfällen verletzten Personen sank um 1,4 % auf 503 636. Dagegen stieg die Zahl der Unfalltoten im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % auf 11 248.

In den alten Bundesländern gab es mit 7 515 Unfalltoten (– 4,9 %) und 420 056 Verletzten (– 6,3 %) einen Rückgang des Unfallgeschehens (Unfälle insgesamt – 3 %, davon mit Personenschaden – 5,7 %).

Eine nach wie vor negative Unfallentwicklung gab es 1991 in den neuen Bundesländern einschließlich dem früheren Berlin (Ost). Die Zahl der Unfalltoten stieg dort im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum von 3 140 auf 3 733 (+ 18,9 %), bei den Verletzten von 62 773 auf 83 580 (+ 33,1 %). Die Analyse dieser Zahlen ergab auch, daß in den neuen Bundesländern trotz extremer Zunahme der Unfälle auf Autobahnen (+ 62 %) mehr als 60 % im innerörtlichen Verkehr und nur 7 % auf Autobahnen verunglückt sind.

Im Osten wie im Westen sind die häufigsten Unfallursachen nicht-angepaßte Geschwindigkeit, Vorfahrtsfehler und Alkoholmißbrauch. In den neuen Bundesländern ergeben die Berechnungen eine extreme Zunahme der Unfälle auf Autobahnen um 62 %.

All dies verdeutlicht, daß die politischen und administrativen Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit trotz einiger Erfolge ausgebaut und verstärkt werden müssen.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

#### *I. Verkehrserziehung und aufklärende Maßnahmen*

1. Welche Maßnahmen im Verkehrserziehungs- und -aufklärungsbereich hat die Bundesregierung ergriffen, um die Verkehrsunfälle in den neuen Bundesländern zu bekämpfen?
2. Gibt es im Verkehrserziehungs- und -aufklärungsbereich eine Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und anderen gesellschaftlichen Kräften?
3. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Bereich der Verkehrserziehungs- und -aufklärungsmaßnahmen eine unterschiedliche Ansprache der Verkehrsteilnehmer in Ost und West vorgenommen werden sollte?
4. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten für eine bundesweite Kampagne zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, in die alle gesellschaftlichen Kräfte einbezogen werden können?
5. Welche Aufgabenschwerpunkte sieht die Bundesregierung bundesweit im Verkehrserziehungs- und -aufklärungsbereich?
6. Welche besonderen Maßnahmen sind im Bereich der Verkehrserziehung vorgesehen, um auf innerörtlichen Straßen rücksichtsvolles Verhalten von Kraftfahrern gegenüber Fußgängern, Radfahrern und spielenden Kindern zu stärken?

#### *II. Finanzmitteleinsatz im Bereich der verkehrserziehenden und -aufklärenden Maßnahmen*

7. Welche Mittel standen der Bundesregierung für Maßnahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung in den Jahren 1970, 1980, 1985, 1990 und 1991 zur Verfügung?
8. Wie haben sich im gleichen Zeitraum der Bestand an Kraftfahrzeugen und die Verkehrsleistung entwickelt?

9. Gibt es Prognosen, wie sich der Kfz-Bestand und die Verkehrsleistungen in den nächsten 10, 15 und 20 Jahren entwickeln werden?
10. Welche Mittel benötigt die Bundesregierung, um ihre in den kommenden Jahren beabsichtigten Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung durchführen zu können, und wie sieht die Finanzplanung der Bundes aus?
11. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Finanzausstattung der Länder und deren Finanzplanungen für Verkehrserziehungs- und -aufklärungsmaßnahmen vor?
12. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse aus anderen europäischen und außereuropäischen Staaten über die Beteiligung von privaten Sponsoren und gesellschaftlichen Gruppen an der Verkehrssicherheitsarbeit vor, und wie beurteilt die Bundesregierung derartige Aktivitäten?
13. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Zusammenarbeit mit den Fernsehanstalten bei, um eine Erhöhung des Stellenwertes des Verkehrssicherheitsgedankens zu erreichen?
14. In welcher Weise wird das Fernsehen in die Verkehrssicherheitsarbeit der Bundesregierung oder anderer Organisationen der Verkehrssicherheitsarbeit einbezogen?
15. Liegen der Bundesregierung Angebote der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zur generellen Umsetzung des Verkehrssicherheitsgedankens entsprechend der Aids-Kampagne oder des Umweltschutzgedankens vor?
16. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob, und wenn ja, wie Landesrundfunkanstalten die Verkehrssicherheitsarbeit der jeweiligen Landesregierungen unterstützen?

### *III. Folgen der Transitfunktion Deutschlands für die Verkehrssicherheit*

17. Welche Auswirkungen würde eine Deregulierung des Güterkraftverkehrs auf die Verkehrsdichte und auf die Verkehrssicherheit haben?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage, daß die Bundesrepublik Deutschland als bedeutendes Transitland im Zuge des steigenden Warenaustausches und des steigenden Verkehrsaufkommens als Folge des europäischen Binnenmarktes und der wirtschaftlichen Öffnung Mittel- und Osteuropas Einbußen in der Verkehrssicherheit hinnehmen wird?

### *IV. Internationale Zusammenarbeit*

19. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung einer internationalen Zusammenarbeit im Verkehrssicherheitsbereich bei, und welche Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit sieht sie?

20. In welcher Weise wird sich künftig die EG-Kommission an der Politik der Verkehrssicherheit beteiligen?

*V. Infrastruktur und Verkehrssicherheit*

21. Welchen Beitrag vermag eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für die Verkehrssicherheit zu leisten?
22. Auf welche Weise unterstützt die Bundesregierung die neuen Bundesländer beim Aufbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur?
23. Wird die Erstellung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern erschwert bzw. behindert?

*VI. Verantwortungsbewußtes Fahren und Einhalten von Verkehrsregeln*

24. Wie beurteilt die Bundesregierung die altersgruppenspezifischen Unterschiede hinsichtlich der Opfer selbst- und fremdverschuldeter Unfälle, differenziert nach der jeweiligen Beteiligung als Fahrer, Beifahrer, Radfahrer, Fußgänger?
25. Welche Maßnahmen sind aus der Sicht der Bundesregierung über die von ihr durchgeführten Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen hinaus erforderlich, um eine Senkung der Unfallzahlen zu erreichen?
26. Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptungen, daß die Verkehrssicherheit auf Autobahnen durch Einführung und Einhaltung eines generellen Tempolimits erhöht würde?
27. Welche Maßnahmen des Verkehrsmanagements zur Verbesserung des Verkehrsflusses (Verkehrsleitsysteme) fördert die Bundesregierung?
28. Welche Mittel wurden bisher und werden in den kommenden Jahren für Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses aufgebracht?
29. Verfügt die Bundesregierung bereits über erste Erkenntnisse über die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeitsbegrenzungen bei schlechter Sicht (Nebel)?
30. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die Bundesländer den Vollzug (Kontrolle) von Verkehrssicherheitsvorschriften bei der Einhaltung vorgeschriebener Geschwindigkeiten und des Alkoholmißbrauchs in ausreichendem Maße sicherstellen?
31. Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung, um die Unfallursache Alkoholunfälle zu bekämpfen, und hält die Bundesregierung die „Atemalkohol-Analyse“ als Beweismittel vor Gericht (Beschluß der Innenministerkonferenz vom 14. April 1989 und Beschluß der Verkehrsministerkonferenz vom 5./6. November 1990) für geeignet und zulässig?
32. Wann wird sie die rechtlichen Voraussetzungen zu ihrer Einführung schaffen?

33. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Kraftfahrer auf ihre besonderen Verhaltenspflichten gegenüber Kindern und älteren Menschen (§ 3 Abs. 2 a StVO) hinzuweisen?
34. Welche besonderen verkehrserziehenden Maßnahmen für Fahranfänger und junge Pkw-Fahrer, die durch Unfälle nach Alkoholkonsum besonders häufig vertreten sind, sind ergriffen worden?
35. Wie hat sich die Zahl der „Geisterfahrer“ auf Autobahnen entwickelt?
36. Wie weit ist der Stand der Vorbereitung der Projekte BEVEI und ACCEPT, mit denen eine Verbesserung des Verkehrswarndienstes durch automatische Datenerfassung auf den Straßen und automatische Weiterleitung über die Landesmeldestellen und die Rundfunkanstalten an die Hörer erfolgen soll?

#### *VII. Einzelne Verkehrsregelungen*

37. Wie beurteilt die Bundesregierung Veröffentlichungen, nach denen bereits jeder dritte Autotelefonbesitzer während des Gesprächs einen Unfall verursacht hat (vgl. ADAC-Motorwelt 11/91, S. 9), und wie kann mehr Sicherheit gewährleistet werden?
38. Welchen Nutzen sieht die Bundesregierung in einer Vorschrift für den obligatorischen Einbau eines Unfalldatenschreibers in Kraftfahrzeuge?
39. Wie beurteilt die Bundesregierung in Anbetracht der steigenden Zahl tödlicher Schädel-Hirn-Verletzungen bei Unfällen von Fahrradfahrern die z. B. von Haftpflichtversicherern empfohlene Einführung einer Helmpflicht für Fahrradfahrer zumindest für Kinder?
40. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Sicherheit von Kindern speziell als Mitfahrer im Pkw zu erhöhen?
41. Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge für den Einbau sicherheitsfördernder Antriebe (z. B. automatische Getriebe, Antriebsschlupfregelung), für Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit im Kfz (z. B. verbesserter Seitenaufprallschutz, Airbag), für Maßnahmen zur Sicherung des Rückwärtsfahrens bei Lkw, Bussen und Arbeitsmaschinen (z. B. durch Videotechnik, akustische Warnung) sowie für Maßnahmen zur Erhöhung der aktiven Sicherheit von Lkw durch eine verbesserte Grundausstattung (Blockierverhinderer, Geschwindigkeitsbegrenzer für Transport gefährlicher Güter), und sieht die Bundesregierung darin geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit?
42. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag, Tagesfahrlicht zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorzuschreiben?

43. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung der Grün-Pfeil-Regelung in den neuen Bundesländern im Hinblick auf die Verkehrssicherheit?

Bonn, den 4. Mai 1992

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)  
Dirk Fischer (Hamburg)  
Manfred Heise  
Michael Jung (Limburg)  
Eduard Oswald  
Heinz-Günter Bargfrede  
Dr. Wolf Bauer  
Renate Blank  
Horst Gibtner  
Claus-Peter Grotz  
Rainer Haungs  
Dr. Dionys Jobst  
Theo Magin  
Rudolf Meinl  
Dr. Klaus Mildner  
Gerhard O. Pfeffermann  
Helmut Rode (Wietzen)  
Ferdinand Tillmann  
Dr. Walter Franz Altherr  
Dr. Maria Böhmer  
Wolfgang Dehnel  
Gertrud Dempwolf  
Maria Eichhorn  
Dr. Karl H. Fell  
Leni Fischer (Unna)  
Winfried Fockenberg  
Erich G. Fritz  
Hans-Joachim Fuchtel  
Johannes Ganz (St. Wendel)  
Martin Göttching  
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein  
Klaus Harries  
Dr. h. c. Adolf Herkenrath  
Ernst Hinsken  
Joachim Hörster  
Dr. Paul Hoffacker  
Josef Hollerith  
Dr.-Ing. Rainer Jork  
Dr. Egon Jüttner  
Ulrich Junghanns  
Steffen Kampeter  
Dr.-Ing. Dietmar Kansy  
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)  
Thomas Kossendey  
Franz Heinrich Krey  
Klaus-Heiner Lehne

Editha Limbach  
Dr. Manfred Lischewski  
Heinrich Lummer  
Claire Marienfeld  
Erwin Marschewski  
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)  
Wolfgang Meckelburg  
Dr. Hedda Meseke  
Maria Michalk  
Dr. Günther Müller  
Engelbert Nelle  
Johannes Nitsch  
Claudia Nolte  
Friedhelm Ost  
Dr. Gerhard Päselt  
Dr. Peter Paziorek  
Rosemarie Priebus  
Erika Reinhardt  
Franz Romer  
Christian Schmidt (Fürth)  
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)  
Michael von Schmude  
Heinrich Seesing  
Dr. Hans-Joachim Sopart  
Bärbel Sothmann  
Karl-Heinz Spilker  
Erika Steinbach-Hermann  
Karl Stockhausen  
Dr. Hans-Peter Voigt (Northeim)  
Dr. Bertram Wieczorek (Auerbach)  
Bernd Wilz  
Simon Wittmann (Tännesberg)  
Michael Wonneberger  
Cornelia Yzer  
Wolfgang Zeitlmann  
Wolfgang Zöller  
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Klaus Röhl  
Horst Friedrich  
Ekkehard Gries  
Roland Kohn  
Manfred Richter (Bremerhaven)  
Günther Bredehorn  
Dr. Olaf Feldmann  
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion



